

Robert FARLE

Mitglied des Bundestages

Stimme von Mansfeld-Südharz
und Saalekreis im Bundestag

Mansfeld-Südharz
und Saalekreis

Rechtsanwalt,
Steuerberater

Bürgerbrief 3



+++Themen, Meinungen, Standpunkte+++

von Robert Farle, fraktionsloses Mitglied im Bundestag

Deutschland wird deindustrialisiert

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in was für einem Deutschland leben wir heute? Das habe ich noch nicht erlebt: Jeder kann frei über sein Geschlecht bestimmen, aber nicht über seine Heizung, Kernkraftwerke werden abgeschaltet, um teureren Atom-Strom aus Frankreich und Kohle-Strom aus Polen einzukaufen, Deutschland überweist Milliarden Euro und liefert Panzer an die Ukraine mit dem Ergebnis, dass der Krieg verlängert wird und dort täglich mehr als 500 Soldaten sterben. Es ist nicht erklärbar, wenn eine Altkanzlerin 15.000 € Altersversorgung pro Monat erhält, während die reguläre Altersrente von Frauen bei 856,05 Euro liegt. Die Liste lässt sich beliebig fortführen. In was für einem Deutschland leben wir? Wie konnte es so weit kommen, dass eine grüne Minderheitspartei über die Ampelkoalition so tief in die Gesellschaft eingreifen kann?

Die Stimmung kippt
Mitteldeutsche Zeitung vom 5. Juli 2023

Darauf möchte ich in dem Bürgerbrief antworten und gleichzeitig Hoffnung geben. Die Situation ist keineswegs aussichtslos, denn wir alle haben es in der Hand. Über alle Parteien hinweg sehe ich aufrichtige und ehrliche Leute, die eine Wende durchsetzen wollen im Interesse der kleinen Leute und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Verfolgen Sie deshalb meine Reden im Bundestag und Sie erkennen, auf wessen Seite ich stehe.

Yhr Robert Farle



Quelle: <https://www.facebook.com/farle.msh>

Robert Farle
Rechtsanwalt, Steuerberater

Energiewende ins Nichts

Deutschland ohne Geschäftsmodell

Die Bundesregierung hat inmitten einer Energiekrise die letzten drei deutschen Kernkraftanlagen vom Netz genommen und wundert sich dann, weshalb sich das Stromangebot verknappt und die Preise dementsprechend steigen. Mit dieser Mixtur aus realitätsferner Klimaideologie, gepaart mit dem Dilettantismus ihres Führungspersonals hat die rot-grün-gelbe Bundesregierung ein Deutschland ohne Geschäftsmodell geschaffen.

Als eine seiner ersten Amtshandlungen hat Wirtschaftsminister Robert Habeck im November 2021 das Genehmigungsverfahren der betriebsbereiten Nord-Stream-2-Pipeline auf

Eis gelegt. Die Weigerung der Bundesregierung, nach dem Terroranschlag die letzte noch intakte Nord-Stream-Pipeline in Betrieb zu nehmen, hat dem Wirtschaftsstandort Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit für energieintensive Betriebe entzogen.

Wenn in Deutschland der Gaspreis zehnmals so hoch ist wie in den USA und der Strompreis das Dreifache des weltweiten Durchschnitts beträgt, werden sämtliche energieintensiven

**Deutschland ist
inzwischen aus der
Liste der zwanzig
wettbewerbsfähigsten
Länder der Welt
herausgefallen**

Produktionsstätten ihren Betrieb in Deutschland kurz bis mittelfristig einstellen.

Die Deutschen erleben das „grüne Wirtschaftswunder“ immer deutlicher als Armut für alle.

Grüne sind Handlanger des Finanzkapitals

Finanzindustrie plant größte Umverteilung der Wirtschaftsgeschichte

Sind die Grünen die verwöhnten reichen Kinder der Bundesrepublik, die es nicht gewohnt sind, dass ihnen Grenzen gesetzt werden und die mit den Füßen auf die Erde stampfen, wenn sie ihren Willen nicht bekommen? Man könnte es fast annehmen, denn ihre Mission besteht in der Weltrettung und jede Kritik an ihnen wird als Angriff auf die Existenz der ganzen Welt missverstanden. Andere sehen Nazi-Wurzeln in den Grünen und verweisen auf deren faktisches Fleischverbot und den tiefen Russen-Hass. Bekanntlich waren die Nationalsozialisten nicht zuletzt bekennende Naturschützer, Ökos und Vegetarier.

Diese Einschätzungen bleiben an der Oberfläche und erfassen nicht dahinter liegenden Interessen: Grüne sind in Wahrheit Handlanger des internationalen Finanzkapitals, die Wirtschaftspolitik für Milliardäre machen und nicht für die Bürger.

Finanzkapital: BlackRock hebt sich mit einem Kapital von zehn Billionen Euro - das sind ein Zehntel des globalen Bruttoinlandsproduktes - ab und zusammen mit Vanguard und State Street kontrollieren diese drei Finanzkonzerne 88 Prozent der führenden US-Konzerne. Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland war bis 2020 Friedrich Merz. Das Finanzkapital, Klimawandel und CDU passen hervorragend zusammen.

Klimanetzwerke: Die Politik der Grünen ist nur möglich, durch ein milliardenschweres Netzwerk von Plattformen, Stiftungen, Denkfabriken



und Lobby-Organisationen, die von Milliardären des Finanzkapitals direkt oder indirekt finanziert werden. Weltweit agieren Climate Finance Partnership, Climate Works Foundation u.v.a.m. Der deutsche Ableger des Klimanetzwerkes ist u.a. die Agora-Energie-wende, deren Chef Patrick Graichen war und der als Staatssekretär von Habeck über seine Vetternwirtschaft stolperte und gehen musste.

Profitaussichten: Die globale Finanzindustrie hat am Klimawandel deshalb so großes Interesse, weil der weltweite Investitionsbedarf für die CO₂-Reduzierung auf 50 bis 100 Billionen Euro geschätzt wird. Das entspricht dem Volumen der gesamten Weltwirtschaft und wäre die größte Vermögensumverteilung zugunsten des Finanzkapitals in der Wirtschaftsgeschichte.

Die CDU-Kritik an den Grünen bleibt moderat, denn das Finanzkapital wittert Morgenluft unter einer schwarz-grünen Regierung.

CDU-Politiker nennt Grüne „Ökofaschisten“

Mitteldeutsche Zeitung vom 7. Juli 2023

Einmaleins des Klimaschwinds

Das lebenswichtige Spurengas Kohlendioxid wurde zum Sündenbock des sogenannten menschengemachten Klimawandels erklärt. Egal, ob es einmal wärmer oder kälter wird, ob es zu wenig regnet oder es zu Überschwemmungen kommt, der Schuldige steht schon fest: Kohlendioxid (CO₂).

Fakt ist: Beweise dafür gibt es keine. Nur Theorien, Hypothesen, Szenarien und Computer-Modelle. Die Klima-Aktivisten sind deshalb auch keine Naturwissenschaftler, sondern eine sektenhaft organisierte Glaubensgemeinschaft.

Wussten Sie, dass die Luft zu 78 % aus Stickstoff, zu 21 %

aus Sauerstoff und zu 1 % aus Edelgasen sowie anderen Spurengasen wie Kohlendioxid (CO₂) besteht?

Luft	
CO ₂ -Anteil in der Luft	0,04 %
davon natürl. Quellen	96 %
menschengemacht	4 %
CO ₂	
menschengemacht:	0,0016 %
davon	
Anteil Deutschland:	1,76 %

Deutschland

beeinflusst weltweiten CO₂-Ausstoß in der Luft mit

0,000.028 %

Der deutsche Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß ist mathematisch bedeutungslos und dennoch ruiniert die Ampelregierung Wirtschaft und Wohlstand.

CDU - strategischer „Klimatreiber“

Warum die CDU keine Opposition ist

Die CDU/CSU-Fraktion als nach wie vor stärkste Partei müsste in Opposition gehen und sich gegen die Zerstörung der Wirtschaft stellen, erst recht, nach dem die Vetternwirtschaft des grünen Umweltministers Habeck aufgefliegen ist.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 2023

Umfrage: Drei Viertel der Deutschen unzufrieden mit der Bundesregierung

Doch weit gefehlt. Merz „bauchpinselt“ die Grünen und meint, sie seien „sehr bürgerlich, sehr offen, sehr liberal und sicherlich auch partnerfähig“. Was steckt dahinter? Warum werden die Ampel und besonders die Grünen geschont? Aus meiner Sicht sehe ich zwei wichtige Gründe:

Umsatzgarantien für Finanzkapital: Der eingeschlagene Ampel-Regierungskurs soll durch die CDU/CSU weiter gefestigt werden, um für die Klimaindustrie die erwarteten Gewinne aus der Energiewende unumkehrbar zu machen. BlackRock hat deshalb an der Vorreiterrolle Deutschland ein großes Interesse und Merz als ehemaliger Vorstandsvorsitzender von BlackRock Deutschland soll den Weg dazu ebnen.

Schwarz-grüne Regierung: Eine Regierung aus CDU und Grünen soll mit der nächsten Bundestagswahl die Energie- und Wärmewende im Interesse des Finanzkapitals endgültig machen. Für die Grünen gehört die Energiewende zwar zu ihren Wurzeln, doch die CDU sieht sich als „Treiber“ der Umgestaltung. Merz bleibt moderat, um sich die Grünen als Koalitionspartner nicht zu verärgern. Mit einer Schwarz-grünen-Regierung wäre das Geschäftsmodell Klimawandel perfekt.

Dagegen muss sich der Protest richten, um eine schwarz-grüne Koalition zu verhindern.

BlackRock - „Krieg in der Ukraine ist gut fürs Geschäft“

In den Kommunen herrscht Mangel, doch für den Krieg ist Geld genug da

Alle reden vom Frieden in der Ukraine, doch der Konflikt geht unvermindert weiter. Neben einer riesigen Materialschlacht an militärischer Technik verlieren täglich über 500 Soldaten ihr Leben. Die zivilen Opfer sind nicht eingerechnet. Dem sinnlosen Töten muss ein Ende gesetzt werden, doch Bürgerproteste, Friedens-Demos, Kundgebungen, Appelle ehemaliger NVA-Offiziere reichen nicht aus, um den Konflikt zu beenden. Der Westen hat kein Interesse an einem Frieden. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO ist zwar vom Tisch, statt dessen gibt es aber immer neue Zusagen für Militärtechnik und Geld.

Was steckt dahinter, dass der Krieg mit unverminderter Härte weitergeführt wird?

Geopolitisch: Die USA haben im globalen Wettbewerb ein Interesse daran, dass Russland auf Jahre wirtschaftlich geschwächt wird oder vielleicht sogar ein Regimewechsel möglich ist. Je länger der Krieg anhält, desto schwächer soll Russland werden.

Kriegsprofite: Im Militärisch-Industriellen-Komplex herrscht „Goldgräberstimmung“ bei den zu erwarteten Gewinnen. Die Rüstungsindustrie in den USA ist zum dortigen Konjunkturmotor geworden und in Deutschland feiert Rheinmetall einen 4 Milliarden Euro schweren Rüstungsauftrag.

Finanzkapital: Investmentrieße BlackRock wirbt gemeinsam mit JP Morgan für eine Wiederaufbaubank in der Ukraine. Bei einem Volumen von 411 Milliarden Dollar herrscht ebenfalls Aufbruchstimmung. BlackRock-Mitarbeiter sagen unverblümt: „Krieg in der Ukraine ist gut fürs Geschäft“.

Politik: Auch die Politik rüstet nach. Die Grünen haben ihren Wandel von einer pazifistischen Partei zu einer regelrechten Kriegspartei frühzeitig vollzogen. Im September 2022 zog die SPD nach und beschloss einen radikalen Kurswechsel in ihrer Russland-Politik. Aus einem „Frieden mit Russland“ wird „Sicherheit vor Russland“ gemacht. Die Bundesregierung hat dann leichtes Spiel und erklärt im Juni in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ den „Kampf gegen Russland“ zum Staatsziel.



Meine Botschaft: "Keinen Euro für den Krieg!" Wir brauchen das Geld zur Linderung der Not im eigenen Land, zur Unterstützung der Menschen gegen die Preissteigerung von Lebensmitteln und Energie, zur Verbesserung der kommunalen Finanzen, wo mittlerweile mehrere Gemeinden gegen den Landkreis Mansfeld-Südharz klagen. Überall herrscht Mangel, doch für den Krieg ist Geld genug da.



Wohin das Geld fließt

Der neue Haushaltsentwurf für 2023 der Ampel-Regierung ist eine Zumutung in jeglicher Hinsicht. Während die Ampel-Minister die Bürger auffordern, für die Ukraine zu frieren, den Gürtel immer enger zu schnallen, sich auf immer härter werdende Zeiten einzustellen und die Zähne immer fester zusammenzubeißen, geben dieselben Minister das Geld mit vollen Händen aus, so als ob es kein Morgen gäbe.

Beispiele aus dem Bundeshaushalt 2023:

- 200 Mrd € - Deckelung LNG-Gaspreise
- 100 Mrd € - Rüstungsprogramme Bundeswehr
- 65 Mrd € - Direkt-Überweisungen ins Ausland
- 33 Mrd € - Überweisungen an EU
- 24 Mrd € - Bürgergeld ohne Gegenleistung
- 10 Mrd € - Vollversorgung Ukraine-Flüchtlinge
- 777 Mio € - Anbau Kanzleramt Berlin
- 10.000 - neue Personalstellen für Ministerien

USA - Unbeliebte Wahrheiten

Wunschbild USA muss korrigiert werden

Der 75. Jahrestag des Marshall-Plan war für den Bundestag Anlass, die Leistungen der USA für den Wiederaufbau zu würdigen und darüber zu sprechen, was die USA nicht alles für Deutschland getan haben. Dem Wunschbild und der Dankbarkeitsstimmung musste ich jedoch deutlich widersprechen und Wahrheiten in Erinnerung rufen, die nicht beliebt sind.

Wahrheit 1. Der Marshall-Plan wird als uneigennützigte Hilfe der USA für Deutschland dargestellt. Dem muss widersprochen werden, denn den wirtschaftlichen Aufschwung haben in erster Linie Millionen von fleißigen deutschen Arbeitern, Ingenieuren und Technikern erarbeitet. Die politische Grundlage war die soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard. Für die Amerikaner war der Marshall-Plan lediglich ein Konjunkturprogramm.

Wahrheit 2. Die Amerikaner haben ihre militärischen Truppen nach wie vor in Deutschland stationiert, während die russischen Truppen aus der DDR abgezogen sind und der Warschauer Vertrag aufgelöst wurde. Der größte US-Militärstützpunkt in Deutschland steht in Ramstein. Rund 36.000 US-Soldaten sind in weiteren 29 Standorten stationiert und halten Atomwaffen und konventionelle Militärtechnik einsatzbereit. Von diesen deutschen US-Stützpunkten

sind in den letzten Jahrzehnten Kriege mit Tausenden von Toten zum Beispiel gegen Afghanistan geführt worden.

Wahrheit 3. Das US-Zeitalter einer globalen Dominanz geht zu Ende. Die neue Weltordnung wird eine multipolare sein. Die Brics-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika und immer mehr Länder der Welt wollen in Frieden und Freiheit leben und wirtschaften und wollen nicht, dass die USA über Sanktionen ihnen Vorschriften diktieren. Sie wollen nicht dem deutschen Beispiel folgen, dass Pipelines gesprengt werden, um anschließend das Dreifache des Gaspreises aus den USA kaufen zu müssen.



Militärstützpunkte

USA
knapp 800 in 70 Ländern
Russland
11 davon 9 in unmittelbarer Nähe zu Russland

Militärhaushalt

USA
650 Milliarden Dollar größtes Budget aller Staaten;
zum Vergleich
China
250 Milliarden Dollar

Kriege und Konflikte

USA haben nach 1945 die meisten Kriege geführt wie Vietnam, Afghanistan; kriegerische Konflikte in Iran, Guatemala, Kongo, Vietnam, Chile, Bolivien, Dominikanischen Republik und Kuba

Ampel: kontrollierte Migration gescheitert - Integration misslungen

Landkreise bleiben auf Kosten sitzen

Die Ampel-Politik läuft darauf hinaus, jedem, der es über die Grenze schafft, so schnell wie möglich über die Einbürgerung zum Wahlberechtigten zu machen und damit unumkehrbare Tatsachen zu schaffen. Wiederholt habe ich im Bundestag auf die sozial-ökonomischen-psychologischen Folgen der unkontrollierten Migration aufmerksam gemacht.

Öffentlich ist bekannt, dass 300.000 rechtskräftig abzuschiebende junge Syrer in Deutschland leben, die nicht arbeiten wollen, und dennoch geschieht buchstäblich nichts, denn jeder weiß, dass ein Massenzug junger Männer aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika zu immensen Problemen führt.

Im Jahr 2022 registrierten die Behörden allein auf den deutschen Bahnhöfen, in Zügen und an Flugplätzen 336 Messerattacken. Das ist mehr als eine Verdopplung der Fallzahlen im Vergleich zum Jahr 2021. Das Jahr 2023 startet noch gravierender: Im Januar hat es jeden Tag mindestens einen Messerangriff gegeben. In Sachsen-Anhalt und in Mansfeld-Südharz sind die Straftaten auf Rekordniveau.

Es geht nicht um Ausländerfeindlichkeit, es geht um die Verhinderung von Abzocke, um Leben auf Kosten unserer arbeitenden Bevölkerung, Gewalttätigkeit. Prellerei und Verbrechen.

Die unkontrollierte Masseneinwanderung, die in den letzten Jahren nach Deutschland stattgefunden hat, muss gestoppt werden. Das bedeutet, dass die Grenzkontrollen

Mitteldeutsche Zeitung vom 8. Juni 2023

Straftaten auf Rekordhöhe

VERBRECHEN In keinem anderen Flächenland ist die Kriminalitätsbelastung so hoch wie in Sachsen-Anhalt. Ein Polizeigewerkschafter fordert mehr Geld für Prävention.

Zuwanderung

2023: 2,66 Millionen

2021: 1,30 Millionen

Flüchtlingskosten

2023: 27 Milliarden Euro

2022: 21.000

täglich
60 Messerangriffe

Asylanträge Deutschland

2023 D: monatlich 25.000
dv. MSH monatlich 80

illegale Einreisen

2023 (1. Halbjahr): 45.000

1. Quartal 2023
Sachsen: 2.700
Thüringen: 341
Sachsen-Anhalt: 130



Deutschland wird ärmer und für dumm verkauft

Mitteldeutsche Zeitung vom 28. Juli 2023

Die da oben, hören die zu?

Ampel-Politik machen Leute ärmer

Die Inflation leert die Einkaufswagen. Die Bevölkerung hat die angesparten Mittel aufgebraucht. Jetzt muss gerechnet werden, um über den Monat zu kommen. Scholz verspricht bis 2045 ein klimaneutrales Deutschland und meint „Armut für alle“. Habeck setzt noch einen drauf und will uns immer teure Heizungen aufzwingen und sagt 2022

drohend und unverblümt: „Wir werden ärmer werden.“ Es ist höchste Zeit, dass in Deutschland endlich an die eigenen Bürger gedacht wird und eine Politik der Vernunft einkehrt. Ein grundlegender Kurswechsel ist notwendig.

Rentner-/Kinderarmut

Deutschland: 17,3 Mio Rentner von Armut betroffen

Deutschland: 2,2 Mio Kinder sind armutsgefährdet

Pflegekosten

2023 (1. Halbjahr) Steigerung um 15,8 % Kosten/Pflegeheim: 2.548 Euro

Insolvenzwellen bedroht Pflegeheime

SPD plant weiteren Sozialabbau

Abschaffung Ehegattensplitting Witwenrente

Streichung steuerfreie Minijobs

Abschaffung Einführung eines Krisen-Soli

Erhöhung CO2-Preis
Liter Benzin - plus 3,6 Cent
Liter Diesel - plus 4 Cent
Liter Heizöl - plus 5 Cent



Jetzt „FARLE-Freunde“ werden!
und regelmäßig mit Berichten aus dem Bundestag und Mansfeld-Südharz informiert werden!

Exklusiv nur für „FARLE-Freunde“!

Meine Herbst-Tour durch den Wahlkreis:

12.09./24.10.23 Kelbra, Berga, Stolberg, Roßla
13.09./25.10.23 Hettstedt, Gerbstedt, Eisleb., Wimmelb., Helbra
14.09./26.10.23 Sangerh., Oberröbl., Allstedt, Querfurt
05.10./01.11.23 Merseburg
04.10.23 Löbejün, Wettin, Teutschental, Röblingen a. See

Telefon 030 2277 5567
www.robert-farle.de
robert.farle@bundestag.de

<https://facebook.com/robertfarle22>
<https://facebook.com/farle.msh>

Herausgeber: Robert Farle
Mitglied des Bundestages
Wilhelmstraße 60
10117 Berlin
Bilder: eigene, Pixabay
August 2023



Robert FARLE
Mansfeld-Südharz
Saalekreis